Löschung von Aufnahmen von Bodycams widersprechen können. So können sie bei Bedarf die Situation nachträglich bewerten.

Im Nachgang einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts Ende 2018 tragen wir schließlich dem Zitiergebot Rechnung und benennen nun das Grundrecht der Versammlungsfreiheit aus Art. 8 des Grundgesetzes ausdrücklich im Polizeigesetz.

Es ist ein sehr ausgewogenes Paket. Wenn ich das richtig sehe, gibt es einen Punkt, über den man streitet. Wenn man sich den Text genau anschaut, gibt es auch diesbezüglich keinen Grund, sich zu streiten. Ich habe nicht verstanden, warum die Polizeigewerkschaft da kritisch ist; denn der Text ist eindeutig.

Ich hätte mir also gewünscht, im Parlament hätten mehr mitgemacht, aber nun muss es eben mit knapper Mehrheit beschlossen werden. – Herzlichen Dank für die Unterstützung und die Beratung.

(Beifall von der CDU, der FDP und Herbert Strotebeck [AfD])

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Reul. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vor, sodass wir am Schluss der Aussprache sind.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Innenausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8120, den Gesetzentwurf Drucksache 17/7549 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses anzunehmen. Ich lasse somit über die Beschlussempfehlung 17/8120 und nicht über den Gesetzentwurf abstimmen. Ich frage, wer der Beschlussempfehlung folgen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP sowie der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Enthaltungen? – Das ist nicht der Fall. Nein-Stimmen? – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. Damit, liebe Kolleginnen und Kollegen, stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf 17/7549 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet** wurde.

Wir kommen zu:

10 Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausföhrung des Asylbewerberleistungsgesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7718

Beschlussempfehlung und Bericht
des Integrationsausschusses
Drucksache 17/7964

zweite Lesung

Alle fünf im Landtag vertretenen Fraktionen haben sich zwischenzeitlich darauf verständigt, dass die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll gegeben werden. (Siehe Anlage 4)

Somit kommen wir direkt zur Abstimmung. Der Integrationsausschuss empfiehlt in Drucksache 17/7964, den Gesetzentwurf Drucksache 17/7718 unverändert anzunehmen. Daher lasse ich über den Gesetzentwurf selbst und nicht über die Beschlussempfehlung abstimmen. Ich frage, wer dem Gesetzentwurf zustimmen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Gegenstimmen? – Das ist nicht der Fall. Enthaltungen? – Ebenfalls keine. Dann stelle ich fest, dass der **Gesetzentwurf Drucksache 17/7718 angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet** ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir sind damit bei:

11 Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/5587

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses
für Arbeit, Gesundheit und Soziales
Drucksache 17/8121

zweite Lesung

Auch hier haben sich alle im Landtag vertretenen Fraktionen darauf verständigt, die Reden zu diesem Tagesordnungspunkt zu Protokoll zu geben. (Siehe Anlage 5)

So können wir direkt zur Abstimmung kommen. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales empfiehlt in Drucksache 17/8121, den Gesetzentwurf Drucksache 17/5587 in der Fassung der Beschlüsse anzunehmen. Somit kommen wir zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung und nicht über den Gesetzentwurf.

Ich frage, wer der Beschlussempfehlung folgen möchte. – Das sind die Abgeordneten der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion der FDP, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie der Fraktion der AfD und der fraktionslose Abgeordnete Langguth. Enthaltungen? – Gegenstimmen? – Es sind keine ersichtlich. Damit ist der **Gesetzentwurf Drucksache 17/5587 in der Fassung der Beschlüsse des Ausschusses Drucksache 17/8121 angenommen und in zweiter Lesung verabschiedet**.

Anlage 5

TOP 11 „Gesetz zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes“ – zu Protokoll gegebene Reden

Peter Preuß (CDU):

Jeder vierte Todesfall in Nordrhein-Westfalen geht auf eine Krebserkrankung zurück. Die durch das Landeskrebsregister in Nordrhein-Westfalen erhobenen und wissenschaftlich ausgewerteten Daten bilden die Grundlage für die weitere Forschung im Kampf gegen Krebserkrankungen.

Das Landeskrebsregister dient der Verbesserung der Qualität der onkologischen Behandlung und Versorgung und der Bekämpfung und Erforschung von Krebserkrankungen. Letztendlich geht es darum, die Überlebenschancen und die Lebensqualität von Krebspatientinnen und -patienten zu erhöhen.

In der praktischen Arbeit des Landeskrebsregisters hat sich gezeigt, dass dessen Funktionsfähigkeit einer Optimierung bedarf. Auch durch die seit Mai 2018 geltende Datenschutz-Grundverordnung ergibt sich in datenschutzrechtlicher Hinsicht ein Änderungsbedarf.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes wird dem Ergänzungs- und Änderungsbedarf zur Gewährleistung der Funktionsfähigkeit des Registers nachgekommen. Zudem wird der Verbesserung der Vollständigkeit des Datenbestandes bei gleichzeitiger Gewährleistung datenschutzrechtlicher Vorschriften Rechnung getragen.

Durch einen Hinweis der Landesdatenschutzbeauftragten wurde deutlich, dass es noch weiteren Änderungsbedarf gibt, um Missverständnisse auszuräumen.

Mit der Änderung wird klargestellt, dass sich in Nr. 17 § 23 Abs. 4 auf die Absätze 1 bis 3 bezieht und damit keine abweichende Regelung hinsichtlich der Rechtsgrundlage darstellt. Dies gilt auch für die klarstellende Streichung des Bezuges auf Kapitel V der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO).

Diesen Klarstellungen trägt unser Änderungsantrag Rechnung.

Unsere Fraktion stimmt dem Gesetzentwurf in der geänderten Fassung daher zu.

Angela Lück (SPD):

Herr Präsident! Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Krebs gilt auch heutzutage noch als eine der meistgefürchtetsten Krankheiten. Ohne Frage, die Diagnose Krebs schockiert – noch immer wird sie mit Hoffnungslosigkeit und Unheilbarkeit verbunden. Und obwohl die aktuellen Zahlen und Statistiken Hoffnungen machen – denn die Sterblichkeitsrate Krebserkrankter geht seit Jahren zurück und die Lebenserwartung Betroffener ist stark angestiegen –, ist eine Krebserkrankung nach den Herz- und Kreislauferkrankungen die zweithäufigste Todesursache in den westlichen Industrieländern. Trotz größter Anstrengungen ist es immer noch nicht gelungen, die Krankheit zu bezwingen.

Umso wichtiger ist es, dagegen anzukämpfen, denn mit großer Wahrscheinlichkeit wird jeder von uns jemanden aus dem näheren Familien- oder Bekanntenkreis kennen, der von dieser Krankheit betroffen ist.

Einen enormen Beitrag zur Verbesserung der medizinisch-onkologischen Behandlung und Versorgung leistet das Landeskrebsregister in Nordrhein-Westfalen. Nachdem 2013 der bundesgesetzliche Auftrag über die Errichtung bzw. Anpassung klinischer Krebsregister gegeben wurde, erfolgte die Umsetzung ins Landesrecht 2016 durch das Landeskrebsregister. Mit der Aufgabe einer fortlaufenden und flächendeckenden Erfassung von Daten über das Entstehen, das Auftreten, die Behandlung und den Verlauf von Krebserkrankungen leisten Landeskrebsregister nun eine große Stütze bei der wissenschaftlichen Verarbeitung und Auswertung der Informationen.

Natürlich gilt als oberste Priorität, die Betroffenen zu schützen. Daten zum Gesundheitszustand eines Menschen sind hochsensibel und es bedarf hier strenger Sicherheitsauflagen bei der Erfassung, Übermittlung, Speicherung und Nutzung. Gegenwärtig werden im Zuge der Datenschutz-Grundverordnung Novellierungen des Gesetzes notwendig.

Die Landesregierung führte an, dass Kernelemente des Gesetzes unverändert blieben. Lediglich kleine Ergänzungen und Anpassungen sind im Rahmen zusätzlicher Rechtsklarheiten bezüglich wissenschaftlicher Kooperationen und des Datenaustausches vorzunehmen.

Eine Übermittlung der Datensätze des Landeskrebsregisters NRW ist ohne Antrag an internationale Krebsregister für weitere Forschungszwecke möglich. Die Änderung des § 23 Abs. 4 dient zur Vermeidung von Missverständnissen. Regelmäßige und zeitnahe Übermittlungen auch an internationale Organisationen sind essentiell für wissenschaftliche Analysen und die daraus folgenden Verbesserungen der Versorgung.

Die Anforderungen der Datenschutz-Grundverordnung werden in dem Gesetzesentwurf in guter Weise erfüllt. Fortlaufende Anpassungen und Ergänzungen der datenschutzrechtlichen Vorgaben bewerten wir positiv, denn die Stärkung der Persönlichkeitsrechte ist essentiell.

Wir müssen die Betroffenen und ihre Angehörigen dabei unterstützen, dass alles dafür getan wird, dass diese Krankheit weiter erforscht und bekämpft wird. Das Landeskrebsregister leistet einen unerlässlichen Beitrag dazu, und deshalb begrüßen wir den vorliegenden Gesetzesentwurf und stimmen ihm heute zu. Vielen Dank!

Susanne Schneider (FDP):

Klinische Krebsregister sind ein entscheidendes Instrument zur Verbesserung der onkologischen Versorgung. Mit ihnen eröffnet sich die Möglichkeit für Qualitätsvergleiche zwischen Behandlern. Ärzte und Kliniken können so zum Wohle der Patientinnen und Patienten voneinander lernen und sich an den besten Ergebnissen orientieren.

Bereits 1982 forderte die Gründerin der Deutschen Krebshilfe, Dr. Mildred Scheel, den Aufbau von klinischen Krebsregistern. 2013 hat der liberale Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr die flächendeckende Einrichtung klinischer Krebsregister bundesgesetzlich auf den Weg gebracht.

In Nordrhein-Westfalen haben wir 2016 die gesetzlichen Grundlage für die Einrichtung eines klinischen Krebsregisters verabschiedet. Wir konnten dabei auf die fachlichen und organisatorischen Erfahrungen des epidemiologischen Krebsregisters aufbauen. Dieser Aufbauprozess ist nahezu abgeschlossen.

In der Praxis hat sich aber gezeigt, dass für eine bessere Funktionsfähigkeit und Nutzung relevanter Daten weitere Regelungen erforderlich sind. Zudem besteht datenschutzrechtlicher Änderungsbedarf im Hinblick auf die DSGVO. Mit dem vorliegenden Änderungsgesetz werden die entsprechenden Regelungen eingeführt.

In der Anhörung hat die Landesbeauftragte für Datenschutz Hinweise zu missverständlichen Formulierungen und Bezügen in § 23 Abs. 4 zur Datenübermittlung an internationale Organisationen gegeben. Der gemeinsame Änderungsantrag von CDU, SPD, FDP und Grünen hat diese Anregungen aus der Anhörung aufgegriffen.

Änderungsantrag und Gesetzesentwurf wurden im Ausschuss einstimmig angenommen. Unsere Fraktion wird deshalb auch heute zustimmen.

Mehrdad Mostofizadeh (GRÜNE):

Dem vorliegenden Gesetzesentwurf zur Änderung des Landeskrebsregistergesetzes können wir nach entsprechenden Beratungen im Ausschuss und nach entsprechenden Anpassungen durch die Annahme eines Änderungsantrages zustimmen.

Durch das Änderungsgesetz ist eine Nutzung der im Register gespeicherten Daten auch für Zwecke der Gesundheitsberichterstattung möglich.

Zudem ist geregelt, dass alle potentiell meldepflichtigen Personen ihrer Meldepflicht – soweit diese entsteht – auch mit möglichst vollständigen Datensätzen nachkommen können.

Durch die Neuregelung ist nun auch jede Datenübermittlung zwischen den jeweils zuständigen Registern im Bundesgebiet möglich.

Schließlich sind die Vorschriften nun an die seit Mai 2018 geltende Datenschutz-Grundverordnung angepasst. Wichtig waren bei der Anhörung u. a. hierzu die Hinweise der Landesdatenschutzbeauftragten, die entsprechend mit aufgenommen wurden und somit den Gesetzesentwurf auch unter diesem Aspekt abrundeten.

Mit dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen wurde u. a. klargestellt, dass sich die Vorgaben der Bundesdatenschutz-Grundverordnung nicht nur auf einzelne, sondern auf alle Absätze des Gesetzes beziehen.

Wichtig ist jetzt, dass die Arbeit am Landeskrebsregister vorangeht und es ein Erfolg wird.

Wie eingangs erwähnt und der Beschlussempfehlung zu entnehmen, stimmen wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dem vorliegenden Gesetzesentwurf zu.

Dr. Martin Vincenz (AfD):

Sie alle wissen, dass ich von Hause aus Mediziner bin und vor meinem Wechsel ins Angeordnetendasein bis Mitte des Jahres 2017 als Hausarzt praktiziert habe.

Insofern bringe ich für das hier anliegende Thema natürlich eine gewisse Erfahrungsnähe mit, anders gesagt, die Themen rund um Krankheit, Gesundheit, Krankenhaus oder ärztliches Heilwesen und medizinische Praxis sind nichts, was ich nur von Ferne und aus Büchern kennen würde.

Und doch habe ich in den ersten beiden Jahren hier im Landtag von Grund auf lernen müssen, dass Gesundheitspolitik andere Kernthemen und Kernaufgaben hat, als der Arbeitsalltag des Mediziners gemeinhin.

Und das sind in der Landespolitik zumeist nicht die großen und wichtigen Fragen zum Beispiel des

Zugangs der Patienten zu erforderlichen Behandlungen oder Fragen der Kostentragung und der Krankenkassenbeiträge oder der Steigerung der Beiträge zur privaten Krankenversicherung im Alter.

Hier im Landtag geht es vielmehr und in der Hauptsache – wenn es nicht um die Struktur der Krankenhauslandschaft oder der Ärzteverteilung auf dem „platten“ Land geht – um die auch erforderlichen Gesetze und Regelungen, die z. B. den Datenschutz oder die zulässigen Erfassungen und die Weitergabe und Verarbeitung von Daten betreffen.

Auch das ist wichtig, auch das verdient unsere ganze Aufmerksamkeit als Abgeordnete, und man sollte über diese Aufgaben nicht mit leichter Hand hinweggehen.

Dies gilt auch und erst recht für den heute hier zur Abstimmung stehenden Gesetzentwurf zur Änderung des Landeskrebsregisters, der in der Hauptsache zur Aktualisierung der einschlägigen Vorschriften in diesem Bereich, aber auch zu einer Ausweitung der Befugnisse ihrer Anwendung dient.

Mit dieser Novelle – es wurde schon von den Vorrednern angesprochen – wird zum Beispiel rechtlich abgesichert, dass die Daten des Krebsregisters auch für die Gesundheitsberichterstattung verwendet werden können.

Und es werden auch eindeutige Regelungen getroffen, die der Anpassung an die Datenschutz-Grundverordnung von 2018 geschuldet sind.

Insgesamt bin ich und ist die Fraktion der AfD der Ansicht, dass die Vorlage der Landesregierung die dem Datenschutz geschuldete Sensibilität sehr wohl beachtet hat ...

... und die in den vergangenen Jahren zutage getretenen Defizite mit Augenmaß und handwerklich sauber mit guten Lösungen aufgearbeitet hat.

Wir sehen also insofern nicht, weshalb wir diesem Gesetzentwurf der Landesregierung unsere Zustimmung verweigern sollten, da die Novellierung – um den Satz des § 12 des SGB V zur Wirtschaftlichkeit im Heilwesen zu zitieren – „ausreichend und zweckmäßig ist und das Maß des Notwendigen nicht überschreitet“.

Eine Regel, deren striktere Beachtung auch der Ökonomie von parlamentarischen Verfahren und der Vermeidung ausufernder Plenarzeiten gut zu Gesicht stehen würde.

Karl-Josef Laumann, Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ich freue mich, dass nun die abschließende Beratung des Gesetzentwurfs erfolgt.

Das Landeskrebsregister ist schon heute eine Erfolgsgeschichte.

Der Gesetzentwurf bzw. die Novelle ist eine Feinjustierung, weil erst in der Anwendung weitere Erfahrungen gesammelt werden können.

Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales hat eine Expertenanhörung durchgeführt und das Thema damit gründlich beleuchtet. Die Anhörung ergab nur Erfreuliches, insbesondere Lob von den Datenschützern.

Das ist besonders wichtig, weil es schon heute Millionen von Datensätzen zu Menschen mit dieser schweren Krankheit gibt.

Meinen ausdrücklichen Dank möchte ich auch der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit für den wichtigen ergänzenden und klarstellenden Hinweis aussprechen, der zu dem gemeinsamen Änderungsantrag aller Fraktionen geführt hat.

Die gute Zusammenarbeit auf allen Ebenen zeigt, dass auch die Arbeiten für das Landeskrebsregister von allen gemeinsam getragen werden.

Denn Krebs ist eine besondere Herausforderung der Gesellschaft über das Gesundheitssystem hinaus!

Dazu leistet das Krebsregister einen wichtigen Beitrag. Es wird aber auch zunehmend zur Qualitätssicherung der Versorgung von Krebskranken beitragen.

- *Damit wird die Versorgung*
- *transparenter*
- *vergleichbarer*
- *qualitätsgesicherter*
- *passgenauer für jeden einzelnen Patienten.*

Mit seiner Bezugsgröße von knapp 18 Millionen Einwohnern und diesen Aufgaben ist es eines der größten Register weltweit.

Ich möchte deshalb abschließend noch einmal mein Plädoyer aus meiner Rede bei Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag wiederholen:

Wir sind es den Krebserkrankten in diesem Land schuldig, dass wir alles unternehmen, dass sie bestmöglich behandelt werden, und mit dafür sorgen, dass diese Krankheit möglichst viel von ihrem Schrecken verliert.

Dazu leisten unser Landeskrebsregister und alle, die an seiner Arbeit beteiligt sind, einen unverzichtbaren Beitrag.

*Unterstützen wir das Register in seiner Arbeit
durch die Gesetzesnovelle!*